Ressort: Auto/Motor

Regierung missachtet bei Neubauten EU-Pflicht zu Ladesäulen

Berlin, 19.01.2019, 08:00 Uhr

GDN - Das Bundeswirtschaftsministerium hat den Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes vorgelegt, das Bauherren zu einer Vielzahl von Umweltschutzauflagen verpflichtet – nur nicht dazu, die für Elektroautos notwendigen Ladestellen bereitzuhalten. Das berichtet der "Spiegel".

Dabei hat die EU die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, die Einrichtung einer Ladeinfrastruktur bei Neubauten und Renovierungen per Gesetz vorzuschreiben. Dies muss bis zum März 2020 erfolgen, sonst droht ein Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland. Das Ministerium will "die Frist der EU nutzen", um die Vorgaben in einem anderen Gesetz zu erfüllen, hieß es. Der Grünen-Abgeordnete Oliver Krischer vermutet hingegen, die Immobilienlobby könnte Druck ausgeübt haben. und sagt: "Die Bundesregierung verschleppt den Hochlauf der Elektromobilität."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-118682/regierung-missachtet-bei-neubauten-eu-pflicht-zu-ladesaeulen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619